

Mitgliederbefragung zur Europawahl 2014

Finale Gesamtauswertung vom 01.03.2014

Teilnehmerzahl: 5154

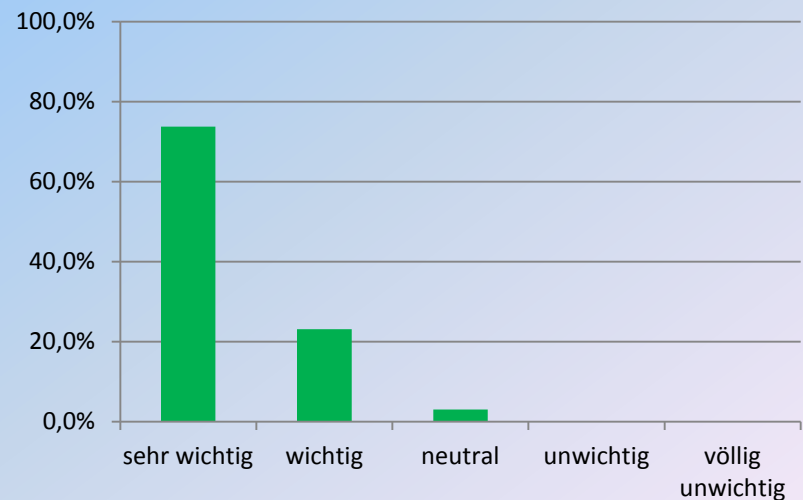
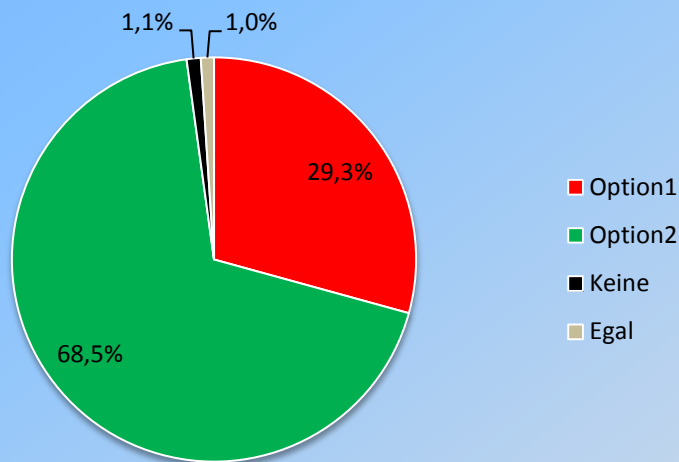
Abschnitt 1

Option 1

Die AfD fordert eine Auflösung, zumindest aber eine währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszuscheiden. Dann sollten die Länder, welche die Bedingungen einer Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen, diese verlassen. Andernfalls sollten die stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres Währungssystem bilden, das sich an den Grundsätzen des Maastricht-Vertrages orientiert. Dabei kann man sich an dem vor Einführung des Euro bis Ende 1998 bestehenden EWS-System orientieren. Damals gab es feste, jedoch anpassungsfähige Wechselkurse, mit denen die Währungsstabilität zwischen den Währungen der teilnehmenden Länder gesichert wurde.

Option 2

Die AfD fordert eine Auflösung, zumindest aber eine **vollständige** währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszuscheiden. Dann sollten die Länder, welche die Bedingungen einer Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen, diese verlassen. Andernfalls sollten die stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres Währungssystem bilden, das sich an den Grundsätzen des Maastricht-Vertrages orientiert. Dabei kann man sich an dem vor Einführung des Euro bis Ende 1998 bestehenden EWS-System orientieren. Damals gab es feste, jedoch anpassungsfähige Wechselkurse mit denen die Währungsstabilität zwischen den Währungen der teilnehmenden Länder gesichert wurde. **Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben. Natürlich würde die AfD auch dann eine Währungszusammenarbeit entsprechend dem vor Einführung des Euro bestehenden EWS anstreben.**

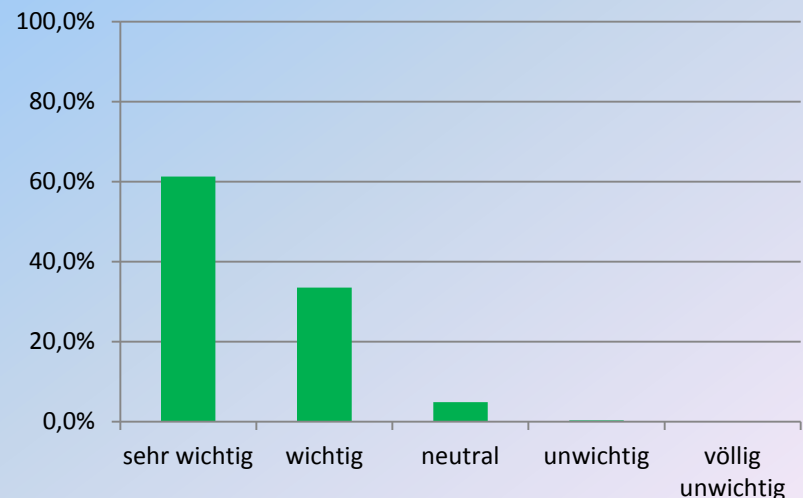
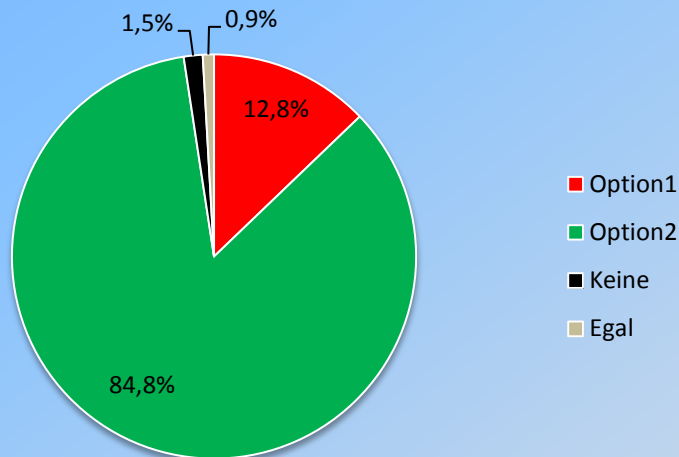


Option 1

Die Reformen im Süden der Eurozone und in Frankreich haben bisher ungenügende Resultate erzielt. Ersatzweise wird zunehmender Druck auf Deutschland ausgeübt, seine Wettbewerbsvorteile abzubauen. So fordert Brüssel den Abbau deutscher Exportüberschüsse, Frankreich die Erhöhung deutscher Arbeitskosten und die Kommission die Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherungen in der Eurozone. Dies ist ein ökonomisch falscher Weg, der zu Stagnation und Arbeitslosigkeit führen wird .

Option 2

Handelsbilanzüberschüsse zwischen Mitgliedstaaten der Eurozone sind das Ergebnis freien Wettbewerbs. Wir lehnen jegliche Sanktionierung solcher Überschüsse ab. Die Reformen im Süden der Eurozone und in Frankreich haben bisher ungenügende Resultate erzielt. Ersatzweise wird zunehmender Druck auf Deutschland ausgeübt, seine Wettbewerbsvorteile abzubauen. So fordert Brüssel den Abbau deutscher Exportüberschüsse, Frankreich die Erhöhung deutscher Arbeitskosten und die Kommission die Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherungen in der Eurozone. Dies ist ein ökonomisch falscher Weg, der zu Stagnation und Arbeitslosigkeit führen wird.

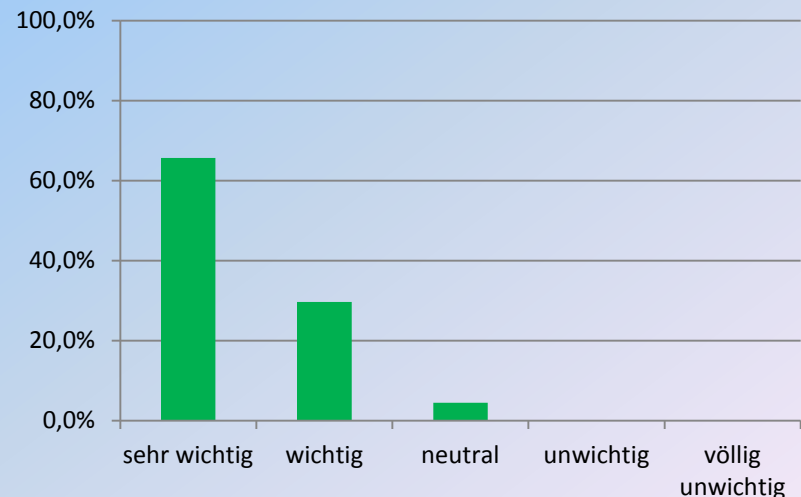
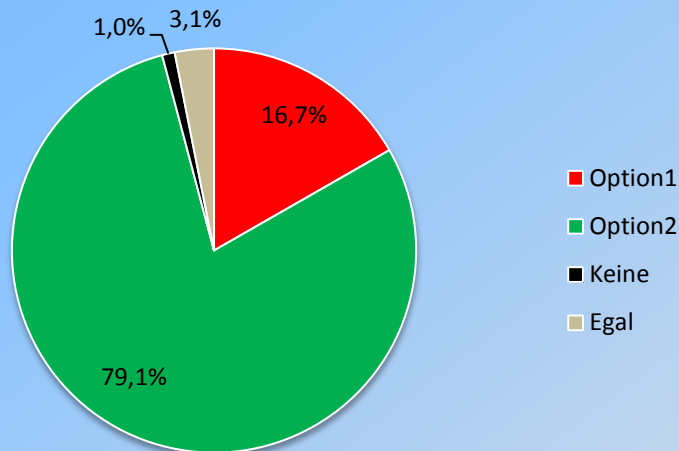


Option 1

Als konkrete und sofort umsetzbare Einzelmaßnahmen fordert die AfD: Ein deutsches Veto gegen weitere Hilfskredite des ESM. Der ESM ist aufzulösen und die Ausnahmeregelung im Lissabon-Vertrag (Art. 136 Abs. 3 AEUV) ist aufzuheben. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die EZB-Ankündigung eines unbegrenzten Ankaufs von Staatsanleihen (OMT-Programm) als europarechtswidrig eingeschätzt hat und der EZB vom Bundesverfassungsgericht damit bescheinigt wurde, gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung zu verstoßen, ist das Programm sofort zu beenden. Eine Neujustierung des Stimmgewichts in der EZB entsprechend dem Kapitalschlüssel (Deutschland: 27 %). Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass grundlegende Entscheidungen nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 75% getroffen werden können. **Den jährlichen Ausgleich der „Target 2“ - Kredite durch die nationalen Notenbanken, ähnlich wie dies im amerikanischen Fed-System der Fall ist.** Die jährliche Inspektion der Goldbestände der Bundesbank im Ausland. Im Falle einer Beendigung oder Verkleinerung der Währungsunion muss gesichert sein, dass diese nicht als Pfand zurückgehalten werden können. Darum sind die in anderen Ländern der Währungsunion gelagerten Goldbestände zügig zurückzuführen. Die AfD wird im Europäischen Parlament dafür sorgen, dass ein Insolvenzverfahren für Staatshaushalte der Mitglieder des Euroraums verbindlich festgelegt wird. Der Währungsverbund wird kalkulierbarer, wenn sich die Mitgliedsstaaten der Eurozone – unter Einbeziehung der Erfahrung des Pariser Clubs - auf ein verbindliches Verfahren zur Wiederherstellung einer staatlichen Solvenz in Krisensituationen durch eine verbindliche Insolvenzordnung einigen.

Option 2

Als konkrete und sofort umsetzbare Einzelmaßnahmen fordert die AfD: Ein deutsches Veto gegen weitere Hilfskredite des ESM. Der ESM ist aufzulösen und die Ausnahmeregelung im Lissabon-Vertrag (Art. 136 Abs. 3 AEUV) ist aufzuheben. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die EZB-Ankündigung eines unbegrenzten Ankaufs von Staatsanleihen (OMT-Programm) als europarechtswidrig eingeschätzt hat und der EZB vom Bundesverfassungsgericht damit bescheinigt wurde, gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung zu verstoßen, ist das Programm sofort zu beenden. **Der EZB ist der Kauf von Staatsanleihen generell zu untersagen.** Eine Neujustierung des Stimmgewichts in der EZB entsprechend dem Kapitalschlüssel (Deutschland: 27 %). Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass grundlegende Entscheidungen nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 75% getroffen werden können. Die umgehende Beendigung des Missbrauch des Euro-Zahlungsverkehrsystems "Target 2" als billiger Kreditsersatz für Krisenländer. Das bereits entstandene, milliarden schwere Ausfallrisiko zu Lasten der Geber-Länder ist schrittweise zurückzuführen. **Der Ausgleich neu entstehender Target-Salden ist ab sofort jährlich vorzunehmen.** Die jährliche Inspektion der Goldbestände der Bundesbank im Ausland. Im Falle einer Beendigung oder Verkleinerung der Währungsunion muss gesichert sein, dass diese nicht als Pfand zurückgehalten werden können. Darum sind die in anderen Ländern der Währungsunion gelagerten Goldbestände zügig zurückzuführen. Die AfD wird im Europäischen Parlament dafür sorgen, dass ein Insolvenzverfahren für Staatshaushalte der Mitglieder des Euroraums verbindlich festgelegt wird. Der Währungsverbund wird kalkulierbarer, wenn sich die Mitgliedsstaaten der Eurozone – unter Einbeziehung der Erfahrung des Pariser Clubs - auf ein verbindliches Verfahren zur Wiederherstellung einer staatlichen Solvenz in Krisensituationen durch eine verbindliche Insolvenzordnung einigen.

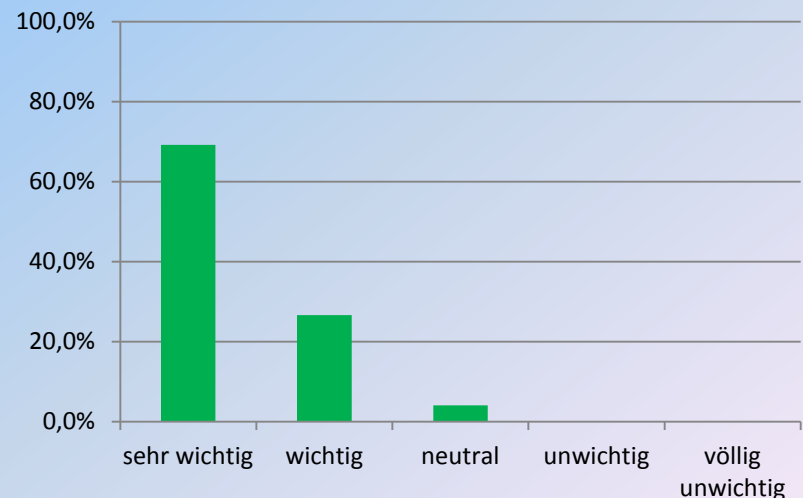
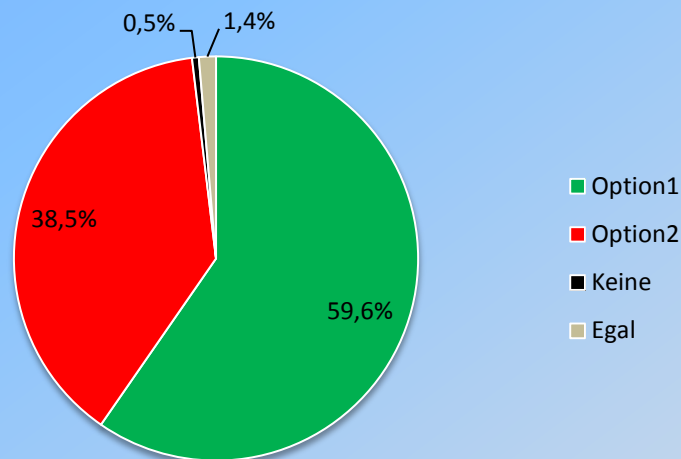


Option 1

Banken müssen auch in Insolvenz gehen können. Das entspricht dem marktwirtschaftlichen Prinzip und wird in anderen Ländern auch so gehandhabt. **Keinesfalls soll der Steuerzahler für Bankverluste in die Bresche springen müssen. Erst recht ist eine Rettung durch den ESM auszuschließen, weil dabei die Bürger eines Landes für die Bankschulden in anderen Ländern haften würden.** Wenn das Eigenkapital im Fall einer drohenden Bankpleite nicht ausreicht, muss das Fremdkapital herangezogen werden, nicht aber die fast unverzinslichen Sparguthaben und Girokontenbestände. Fremdkapitalgeber aber, die für das eingegangene Kreditrisiko höhere Zinsen erhalten haben, müssen nicht geschützt werden.

Option 2

Banken müssen auch in Insolvenz gehen können. Das entspricht dem marktwirtschaftlichen Prinzip und wird in anderen Ländern auch so gehandhabt. **Wenn ein Staat eine Bank für systemisch wichtig hält, muss die Bankenrettung von ihm alleine finanziert werden. Die Steuerzahler anderer Länder sind schadlos zu stellen.** Wenn das Eigenkapital im Fall einer drohenden Bankpleite nicht ausreicht, muss das Fremdkapital herangezogen werden, nicht aber die fast unverzinslichen Sparguthaben und Girokontenbestände. Fremdkapitalgeber aber, die für das eingegangene Kreditrisiko höhere Zinsen erhalten haben, müssen nicht geschützt werden.

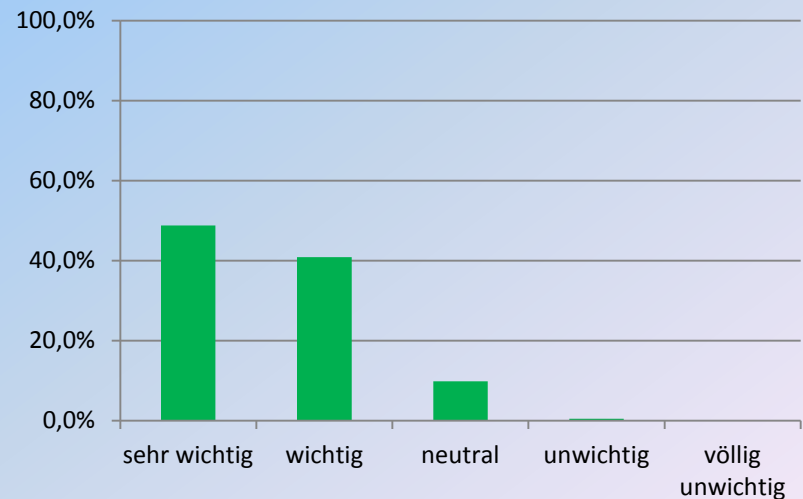
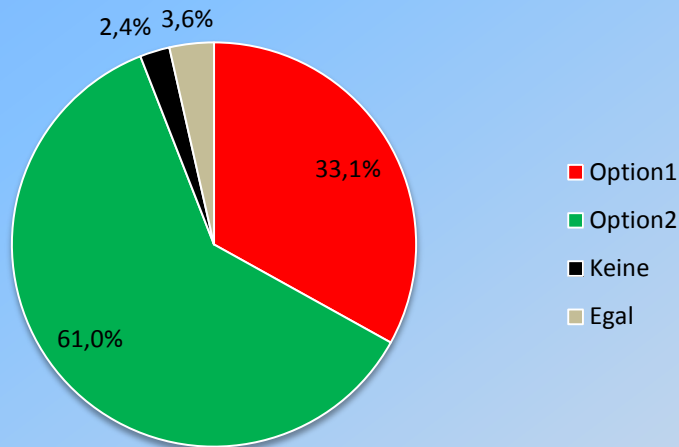


Option 1

Die Alternative für Deutschland fordert mehr Lobbytransparenz in Brüssel, indem alle professionellen Interessenvertreter verpflichtet werden, sich im Lobbyregister der EU zu registrieren. Insbesondere muss sich der Europäische Rat den Regelungen von Kommission und Parlament anschließen.

Option 2

Wir fordern die Eindämmung des überbordenden Lobbyismus in der EU. Die bisherigen Schutzmaßnahmen der EU sind völlig unzureichend. Wir fordern klare, verständliche und restriktive Regelungen mit konkreten Sanktionen.

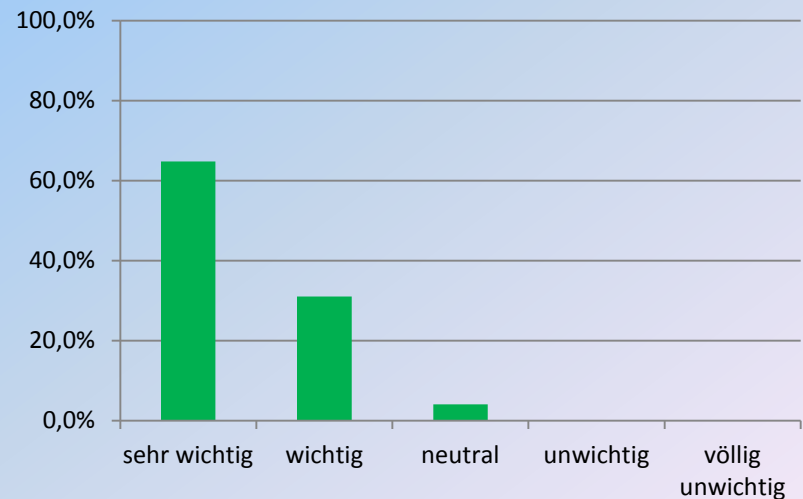
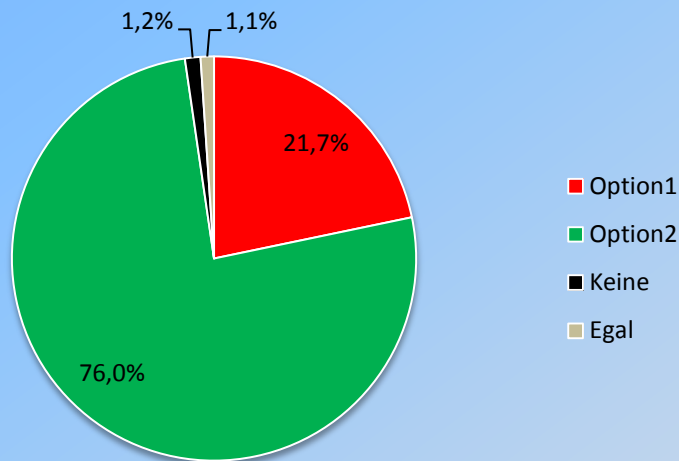


Option 1

Die Europäische Kommission muss drastisch verkleinert werden. Nicht jedes Land braucht einen eigenen Kommissar. Die Anzahl der EU-Kommissare muss auf die Bereiche der Kernkompetenzen reduziert werden. Die Anzahl der derzeit mehr als 55.000 EU-Beamten und Mitarbeiter ist stark zu verringern.

Option 2

Die Europäische Kommission muss drastisch verkleinert werden. Nicht jedes Land braucht einen eigenen Kommissar. Die Anzahl der EU-Kommissare muss auf die Bereiche der Kernkompetenzen reduziert werden. Wir fordern die Auflösung und Reduzierung der aufgeblähten Apparate mit ihrer unüberschaubaren Zahl von über 50.000 Beamten und Mitarbeitern. Die AfD fordert im Rahmen der Reduzierung der Zahl der EU-Kommissare die Halbierung dieses privilegierten und überbezahlten Beamten-Heeres innerhalb von 7 Jahren.

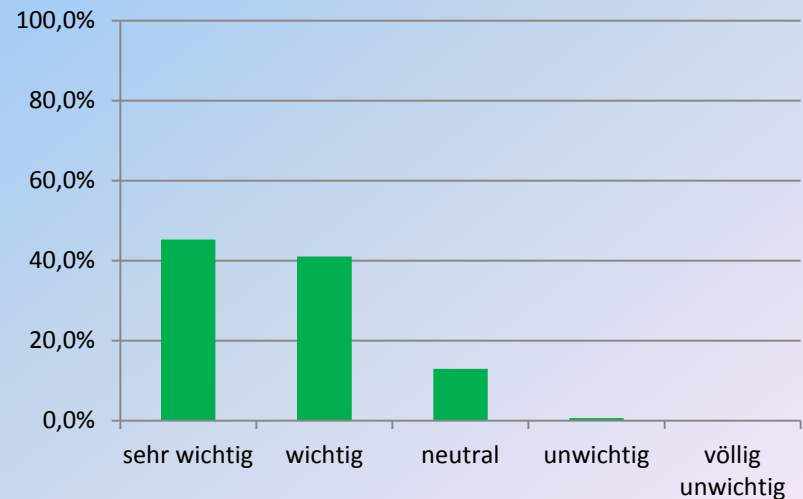
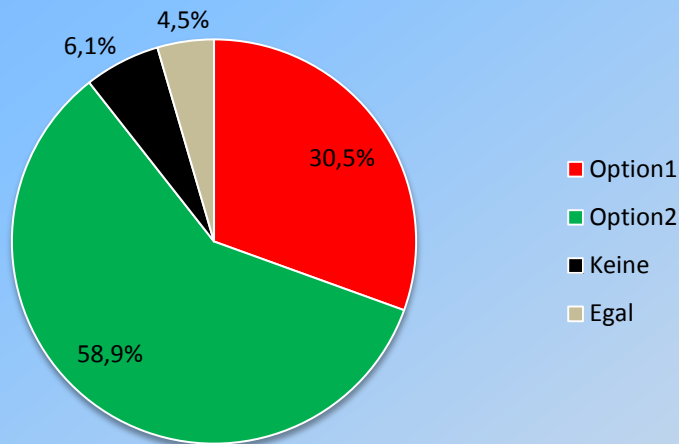


Option 1

Die Nominierung und Wahl der EU-Kommission soll allein dem Europäischen Parlament obliegen. Die Kommissare sind dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig und können von diesem abgewählt werden.

Option 2

Die Europäische Kommission soll zur Betonung der Gewaltenteilung von einer Europäischen Exekutivversammlung gewählt werden. Die Mitglieder der EU-Exekutivversammlung soll von den Bürgern der europäischen Mitgliedsstaaten direkt gewählt werden. Die EU-Exekutivversammlung wählt den Präsidenten und die anderen Mitglieder der Europäischen Kommission, d.h. die Kommissare, Vize-Kommissare und Generaldirektoren, kann von diesen Rechenschaft verlangen und sie gegebenenfalls auch wieder abwählen.

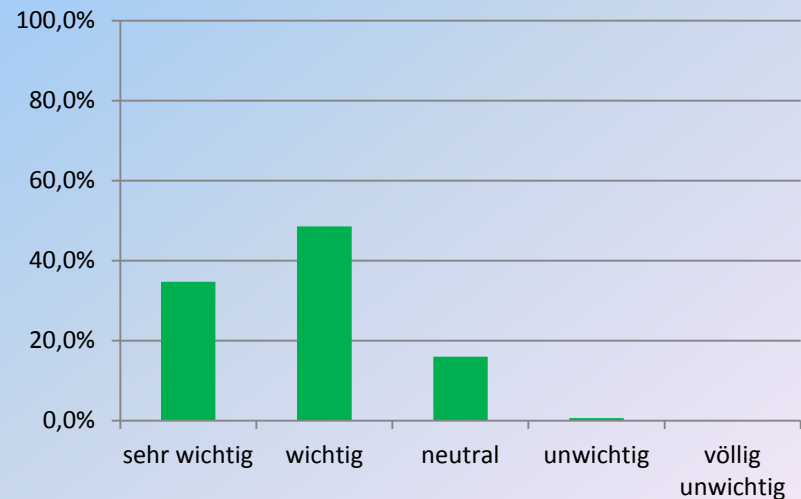
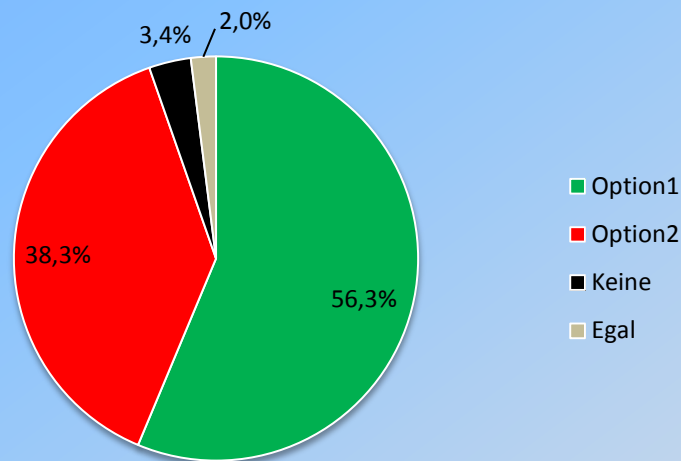


Option 1

Im Rahmen der bei der EU verbleibenden Gesetzgebungskompetenzen wollen wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments zu Lasten nicht direkt gewählter EU-Institutionen. Dazu gehört ein eigenständiges Gesetzesinitiativrecht sowohl für den Ministerrat, welcher die Mitgliedsstaaten vertritt, als auch für die nationalen Parlamente. Die AfD fordert die Abschaffung des doppelten Parlamentssitzes in Brüssel und Straßburg.

Option 2

Viele Institutionen, unter anderem der europäische Gerichtshof, die EU-Kommission und das EU-Parlament sind in einer Europäischen Union souveräner Staaten überflüssig und sollen daher abgeschafft werden.

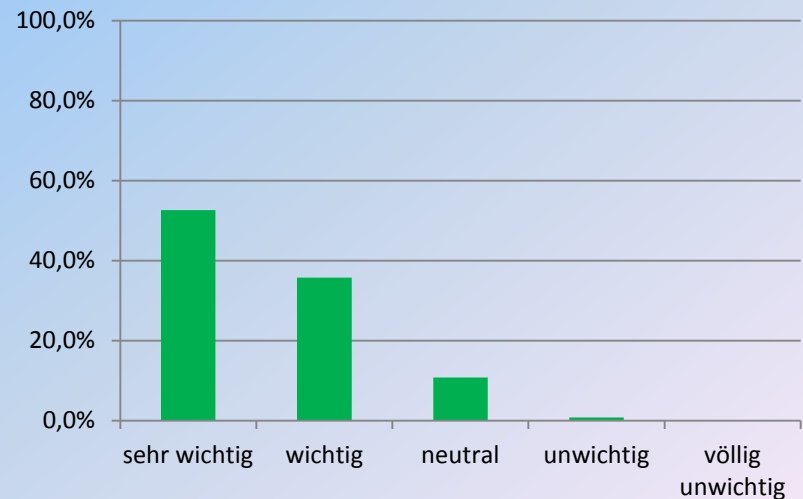
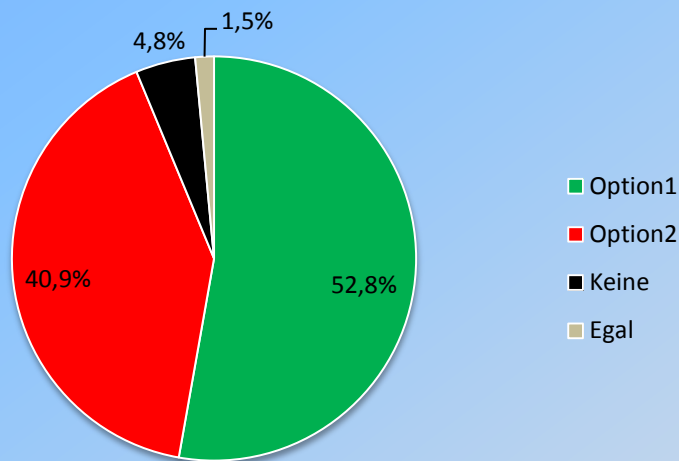


Option 1

Europa hat geografische, kulturelle und historische Grenzen, die von der EU nicht missachtet werden dürfen. Aus diesen Gründen lehnen wir die Aufnahme der Türkei in die europäische Union ab. Die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei sind zu beenden. Nichteuropäische Länder können nur durch Assoziierungsabkommen und die europäische Nachbarschaftspolitik an die EU angebunden werden.

Option 2

Wir lehnen die Aufnahme der Türkei in die EU aus politischen, kulturellen und historischen Gründen ab. Die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei sind deshalb zu beenden. Die Türkei kann aber mit der EU kooperieren, wenn dies die Zustimmung der Mitgliedsstaaten findet. Ausgenommen davon ist der freie Personenverkehr.

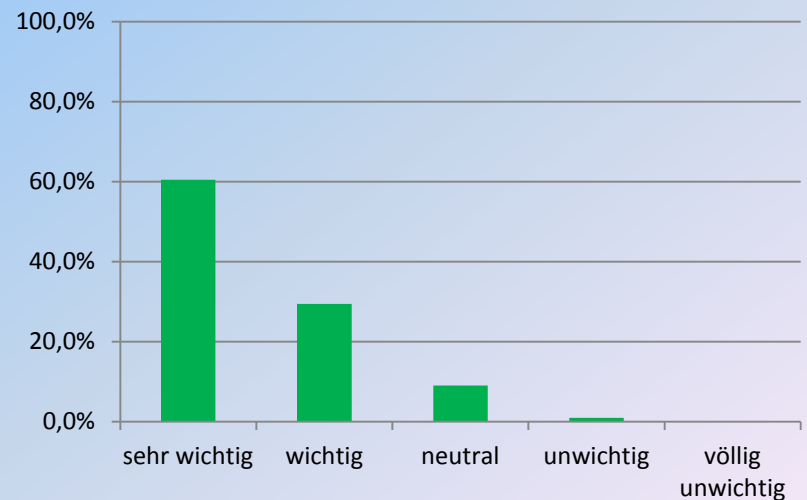
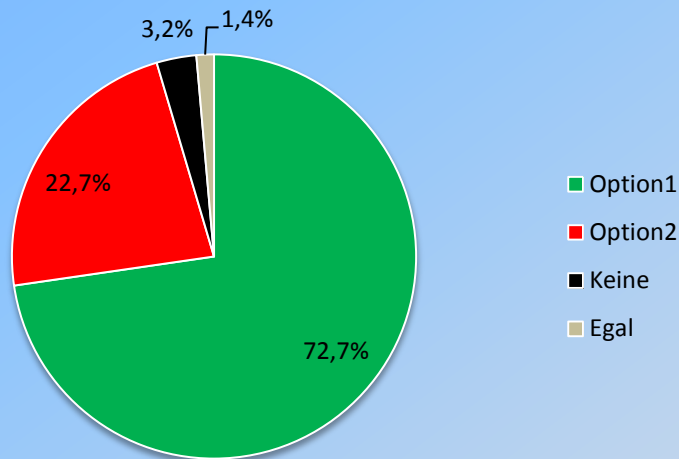


Option 1

Die AfD lehnt jede Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten ab und verwahrt sich gegen alle Versuche des Rates, diese Kräfte zur Unterdrückung politischer und sozialer Unruhen in einzelnen Mitgliedsländern einzusetzen.

Option 2

Im Fall der souveränen Entscheidung eines Mitgliedstaates können die Mitgliedsstaaten der EU m Notfall auf Anforderung polizeiliche oder militärische Hilfen leisten.



These 10 Sicherheitskräfte EU übergreifend

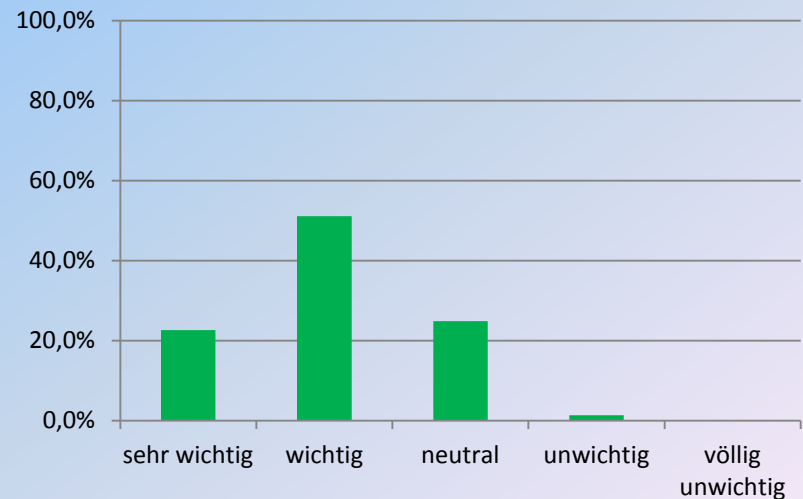
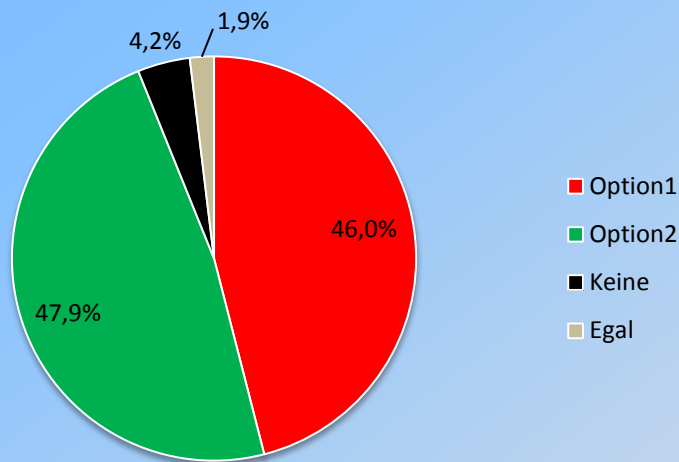
Wichtigkeitswerte Option 1

Option 1

Die AfD lehnt militärische Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der "Gemeinsame Sicherheits und Verteidigungspolitik" (GSVP) strikt ab, wenn sie außerhalb des NATO-Gebietes stattfinden sollen.

Option 2

Die AfD befürwortet militärische Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der "Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (GSVP), wenn dafür vorher ein Beschluss des Europäischen Rats vorliegt. Eine Mitwirkung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen, die einzelne EU-Länder ohne vorherige Abstimmung begonnen haben, befürwortet die AfD nicht, es sei denn, es besteht daran ein begründetes nationales deutsches Interesse.



These 11 Bundeswehreinätze (GSVP)

Wichtigkeitswerte Option 2

Option1

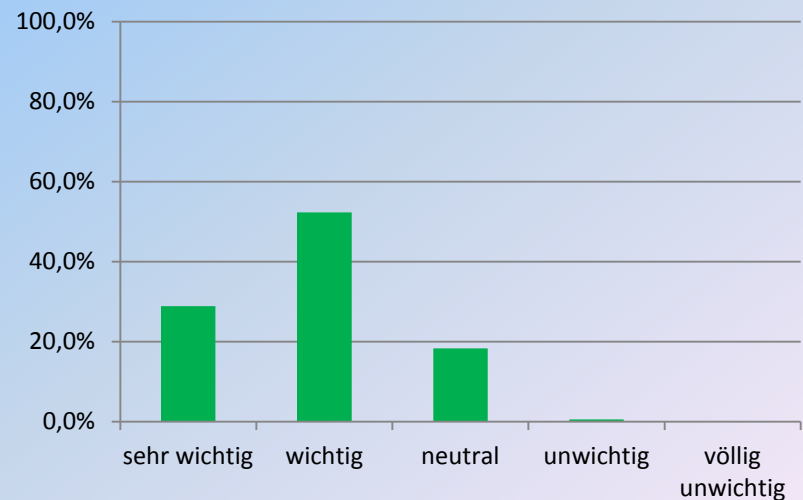
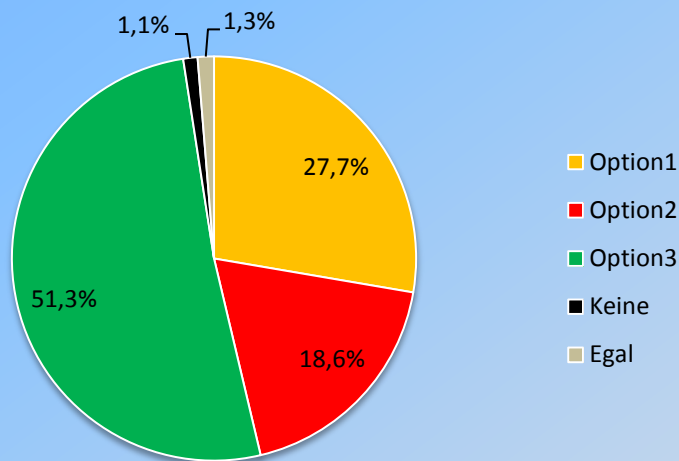
Die Alternative für Deutschland lehnt eine in Brüssel formulierte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ab, die für alle Mitgliedsstaaten der EU verbindlich sein soll. Damit entfällt auch die Notwendigkeit eines gemeinsamen diplomatischen Dienstes mit einem EU-Außenbeauftragten.

Option 2

Die AfD bejaht die gemeinsame Verfolgung europäischer Interessen auf der Grundlage souveräner Entscheidungen der Mitgliedsstaaten. Insbesondere liegt ihr die deutsch-französische Zusammenarbeit am Herzen.

Option 3

Die AfD bejaht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU in den Bereichen, in denen die EU ihre legitimen Interessen vertritt. In den Bereichen, in denen die Kompetenzen bei den Nationalstaaten liegen, muss sich die Außen- und Sicherheitspolitik an den nationalen Interessen orientieren.



These 12 EU Außen- und Sicherheitspolitik

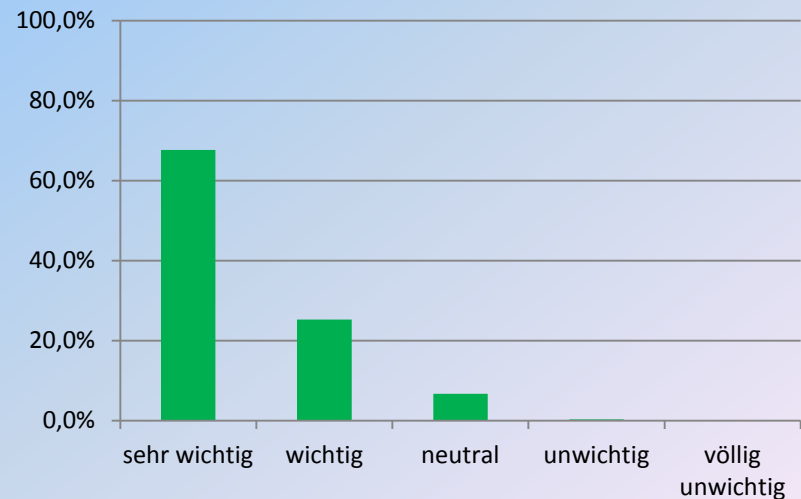
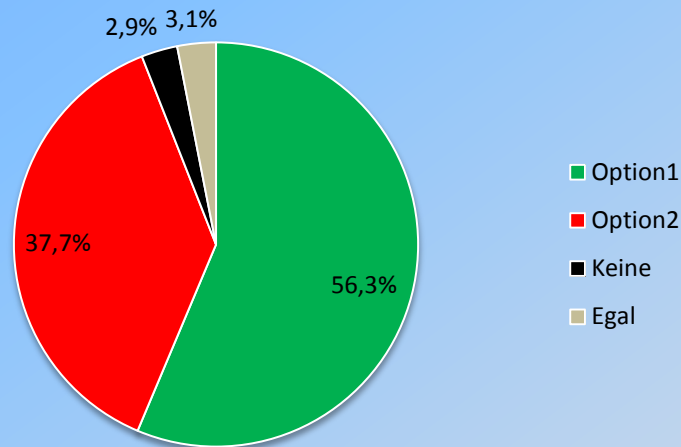
Wichtigkeitswerte Option 3

Option 1

Freier Handel ist eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstands. Der Europäische Binnenmarkt ist ein überzeugendes Beispiel dafür. So wünschenswert die Beseitigung von noch bestehenden Handelshemmnissen zwischen Kanada, den USA und der EU ist, dürfen doch die gegenwärtig unter weitestgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelten Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, CETA) auf keinen Fall zu einer Verwässerung des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Rechtssicherheit, der Sozialstandards oder der Kulturpolitik führen. Zudem darf das Abkommen eine weitere Ausgestaltung dieser Bereiche durch die demokratisch legitimierten Gesetzgeber in den Mitgliedsstaaten und in der EU nicht ausschließen. Die AfD kann die Intransparenz der gegenwärtigen Verhandlungen keinesfalls akzeptieren. Es muss öffentlich dargelegt werden, was mit welcher Absicht verhandelt wird. Da die Verhandlungen intransparent und hinter verschlossenen Türen geführt werden, **ist der Schutz der europäischen Qualitäts-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards nicht gewährleistet und zudem unser Verständnis von Demokratie verletzt. Deshalb lehnen wir das Freihandelsabkommen mit den USA in dessen derzeit vorgesehener Form ab.**

Option 2

Freier Handel ist eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstands. Der Europäische Binnenmarkt ist ein überzeugendes Beispiel dafür. Die Beseitigung von noch bestehenden Handelshemmnissen zwischen Kanada, den USA und der EU ist daher wünschenswert. **Bei den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, CETA) ist sorgsam darauf zu achten, dass Errungenschaften des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Rechtssicherheit, der Sozialstandards oder der Kulturpolitik nicht gefährdet werden. Andererseits muss verhindert werden, dass Lobbyisten diese legitimen Anliegen missbrauchen, um ihren Unternehmen lästige Konkurrenz vom Leibe zu halten.** Die AfD kann die Intransparenz der gegenwärtigen Verhandlungen keinesfalls akzeptieren. Es muss öffentlich dargelegt werden, was mit welcher Absicht verhandelt wird. Auf keinen Fall darf das Abkommen Bestimmungen enthalten, die den demokratisch legitimierten Gesetzgeber in den Mitgliedsstaaten und in der EU, daran hindern, bewährte Qualitäts-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards aufrechtzuerhalten und ggf. weiterzuentwickeln.



These 13 Freihandelsabkommen

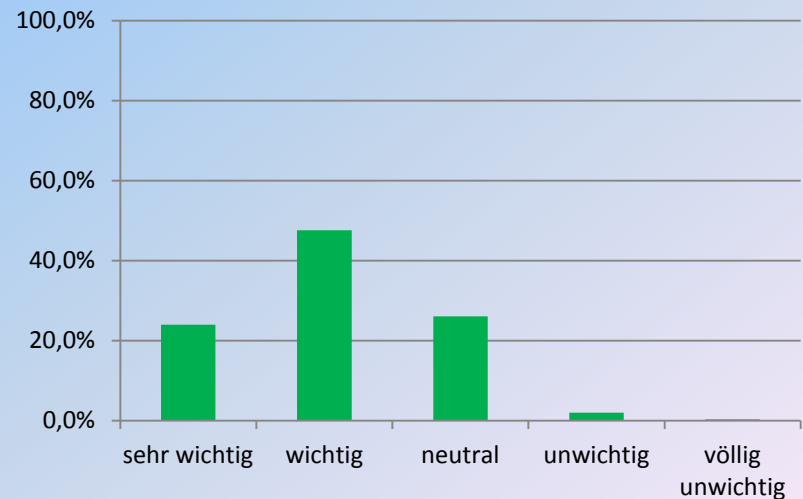
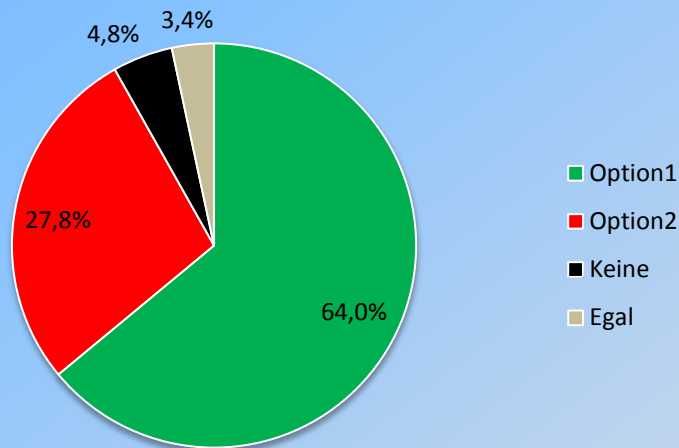
Wichtigkeitswerte Option 1

Option 1

Ausländische Arbeitnehmer sind in den Mitgliedsstaaten genauso zu entlohnen und unterliegen gleichen gesetzlichen Regelungen wie inländische Arbeitnehmer. Die positive Folge wäre eine stärker qualifikationsbezogene Auswahl und Einstellung von Arbeitskräften durch die Wirtschaft. **Die bestehenden Regelungen für Saisonarbeitskräfte sind aufrecht zu erhalten, da sie ein unzureichendes Angebot deutscher Arbeitskräfte auf freiwilliger Basis ergänzen.**

Option 2

Tarifvertragliche und gesetzliche Regelungen müssen für ausländische und inländische Arbeitnehmer ohne Unterschied gelten.

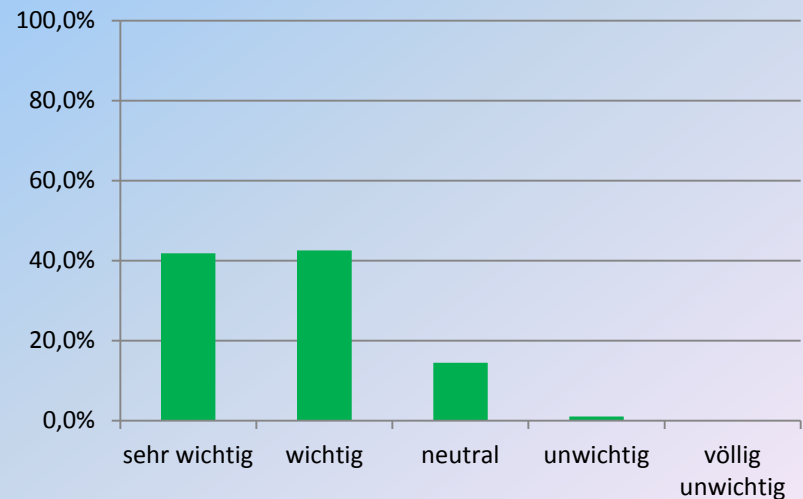
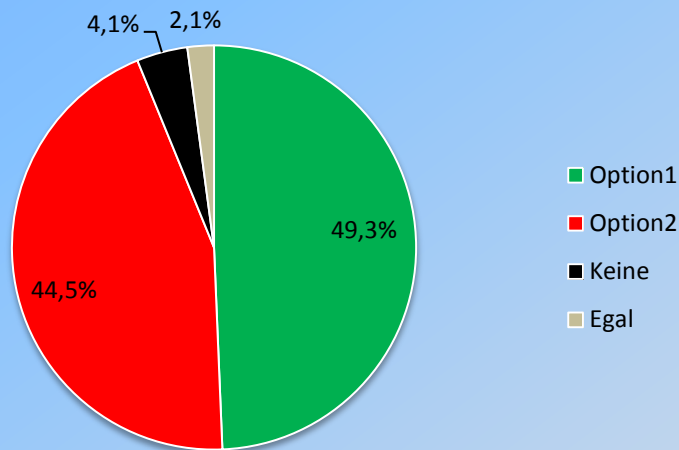


Option 1

Der Mensch steht für die AfD im Mittelpunkt ihrer Politik. Eine prosperierende Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Die AfD ist deshalb der Überzeugung, dass es in Deutschland eine verlässliche soziale Absicherung für Geringverdiener geben muss. Ein Mindestlohn kann dies nicht leisten, da viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben. Zudem sind diese Arbeitsplätze gerade durch den Mindestlohn gefährdet. Der sozialen Marktwirtschaft entspricht es, die notwendige soziale Unterstützung durch den Staat bereitzustellen. Dies hat seit 1949 gut funktioniert. Der Staat sollte sich jetzt nicht darum drücken. Die Alternative für Deutschland steht zu der im Grundgesetz verankerten Tarifautonomie. Gerade überhöhter gesetzlicher Mindestlohn ist in Frankreich mitverantwortlich für die hohe Jugendarbeitslosigkeit.

Option 2

Der Mensch steht für die AfD im Mittelpunkt ihrer Politik. Eine prosperierende Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Die AfD ist deshalb auch der Überzeugung, dass es in Deutschland eine Lohnuntergrenze geben muss, unter der in Deutschland keine bezahlte Arbeit zulässig ist. Dieser Mindestlohn muss ein menschenwürdiges Leben und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe in Deutschland gewährleisten. Arbeitgeber dürfen sich durch Lohndumping keinen Wettbewerbsvorteil auf Kosten der Arbeitnehmer verschaffen.



These 15 Mindestlohn

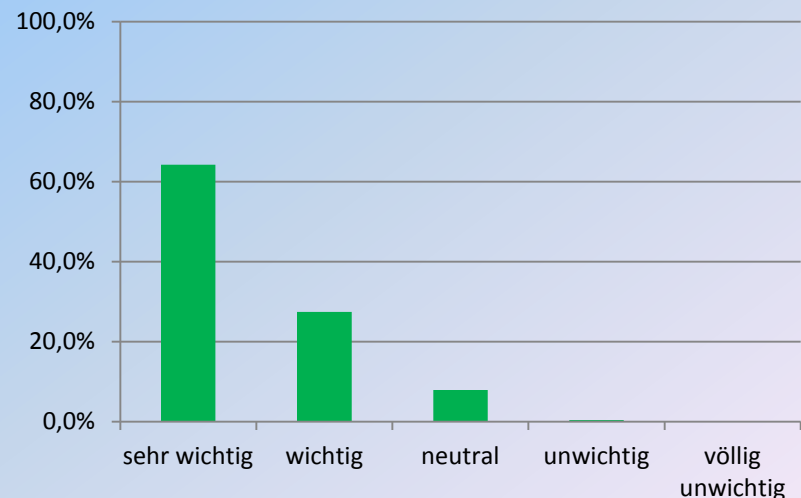
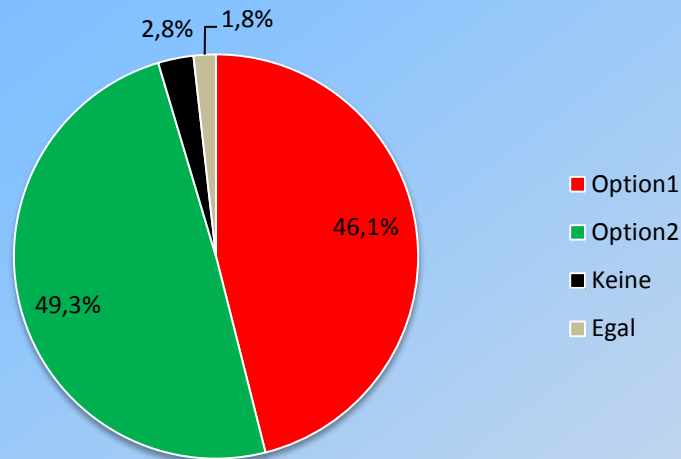
Wichtigkeitswerte Option 1

Option 1

Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab. Die rechtliche Basis dazu bietet die EU-Freizügigkeitsrichtlinie. Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren. Leistungen wie ALG II, Kinder- und Wohngeld sollen nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben. Wenn Zuwanderer in Deutschland keine ausreichenden Mittel aus Erwerbseinkommen oder Sozialleistungen zur Verfügung haben, müssen sie in ihre Heimat zurückkehren. **Die AfD wirbt dafür, die Zahlung des Kindergeldes an Zuwanderer nach dänischem Vorbild zu regeln. Danach würden Mütter von dauerhaft in Deutschland lebenden Kindern nicht vor Ablauf von sechs Monaten einen teilweisen Anspruch erwerben, der zeitlich gestaffelt erst nach Ablauf von zwei Jahren vollständig vorläge.**

Option 2

Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab. Die rechtliche Basis dazu bietet die EU-Freizügigkeitsrichtlinie. Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren. Leistungen wie ALG II, Kinder- und Wohngeld sollen nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben. Wenn Zuwanderer in Deutschland keine ausreichenden Mittel aus Erwerbseinkommen oder Sozialleistungen zur Verfügung haben, müssen sie in ihre Heimat zurückkehren.

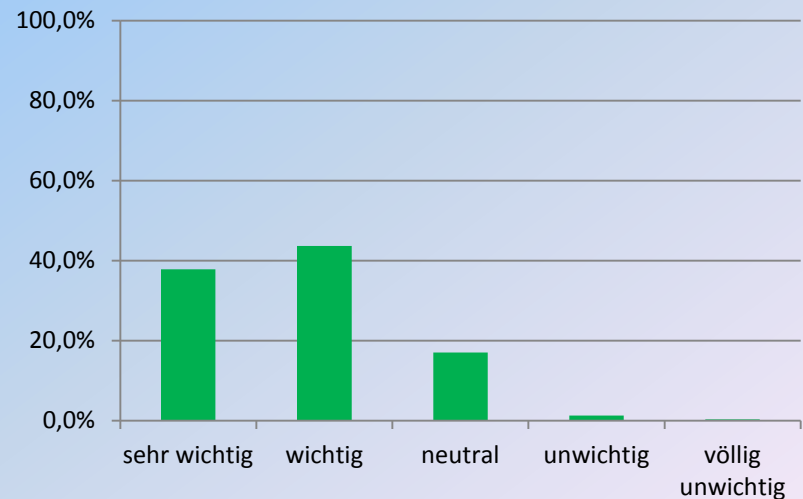
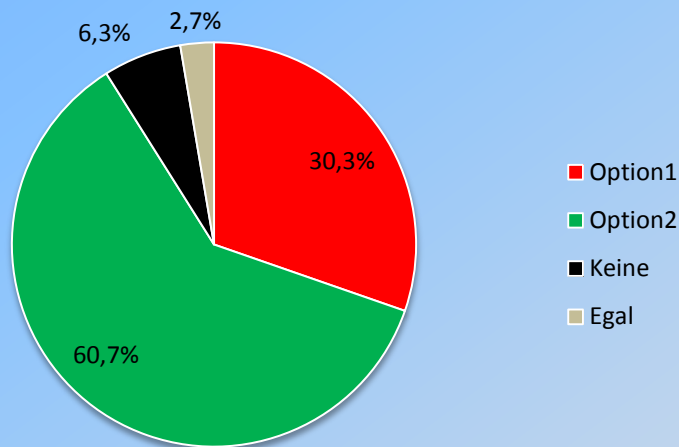


Option 1

Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist unbedingt zu gewährleisten und zu verbessern. Das Beispiel der in Syrien verfolgten Christen zeigt, dass Deutschland hier seiner moralischen Verantwortung nur spät und das auch noch unzureichend nachkommt.

Option 2

Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist unbedingt **vor Ort und im Rahmen des finanziell Tragbaren zu gewährleisten und zu verbessern.** Das Beispiel der in Syrien verfolgten Christen zeigt, dass Deutschland hier seiner moralischen Verantwortung nur spät und das auch noch unzureichend nachkommt.



These 17 Humanitäre Hilfe

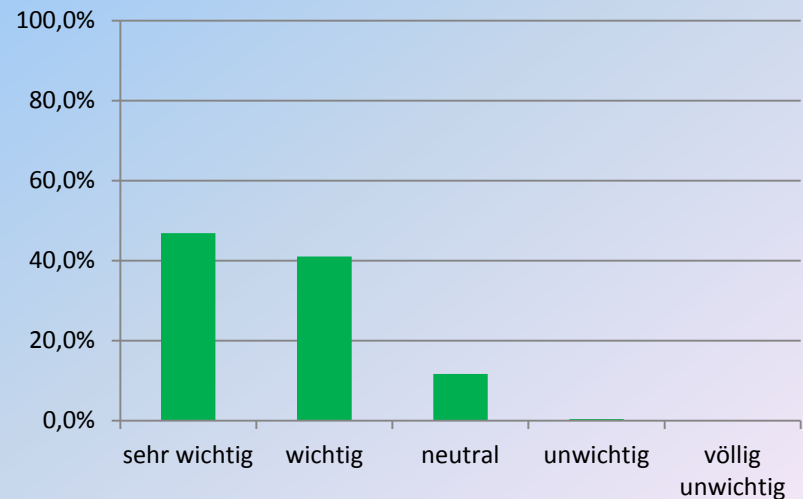
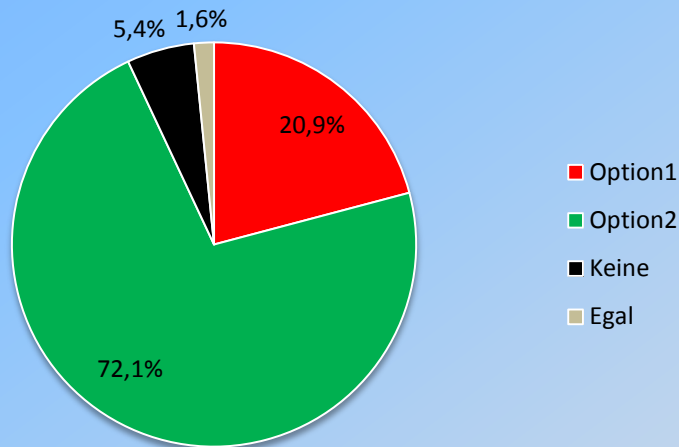
Wichtigkeitswerte Option 2

Option 1

Politisch Verfolgten ist im Sinne des Grundgesetzes Asyl zu gewähren. Die entstehenden sozialen und finanziellen Folgen sind unter den Ländern der EU fair zu verteilen. Den peripheren Staaten der EU darf nicht die Hauptlast der Asylpolitik zukommen. Ein mit den anderen EUPartnern verabredeter Verteilungsschlüssel für die Aufnahme von Asylbewerbern und gemeinsame Mindeststandards für ihre Versorgung sind anzustreben. Im Gegensatz zur von den Altparteien verteidigten Rechtslage setzt sich die AfD dafür ein, auch Asylbewerbern das Recht auf Arbeit zu gewähren. Gleichzeitig setzt sie sich für eine verstärkte Bekämpfung von kriminellen Schlepperbanden hier und in den Herkunftsländern ein.

Option 2

Politisch Verfolgten ist im Sinne des Grundgesetzes Asyl zu gewähren. **Der Begriff der "politischen Verfolgung", darf jedoch nicht auf jede Form gesellschaftlichen und staatlichen Unrechts ausgedehnt werden.** Die entstehenden sozialen und finanziellen Folgen sind unter den Ländern der EU fair zu verteilen. Den peripheren Staaten der EU darf nicht die Hauptlast der Asylpolitik zukommen. Die Entscheidungsdauer ist unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze zu verkürzen. Ein mit den anderen EU-Partnern verabredeter Verteilungsschlüssel für die Aufnahme von Asylbewerbern und gemeinsame Mindeststandards für ihre Versorgung sind anzustreben. Im Gegensatz zur von den Altparteien verteidigten Rechtslage setzt sich die AfD dafür ein, auch Asylbewerbern das Recht auf Arbeit zu gewähren. Gleichzeitig setzt sie sich für eine verstärkte Bekämpfung von kriminellen Schlepperbanden hier und in den Herkunftsländern ein. **Wir fordern überdies die Unterstützung von Herkunfts- und Drittstaaten über außen- und entwicklungspolitische Maßnahmen, um sie in den Kreis der sicheren Staaten zu integrieren.**

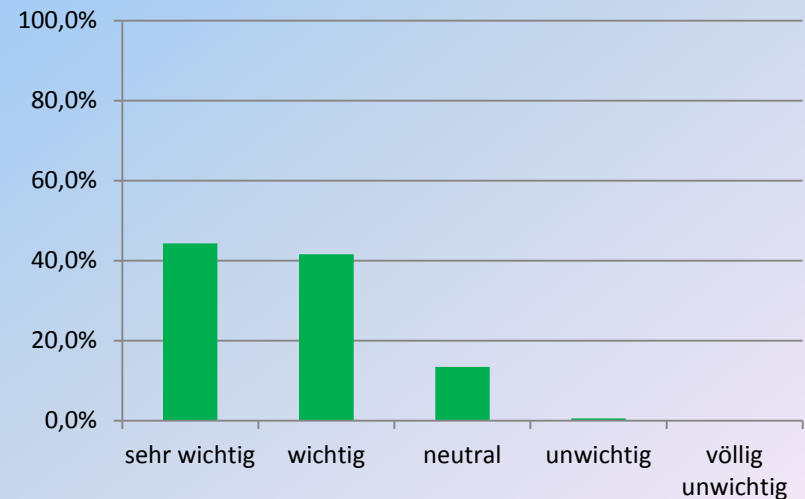
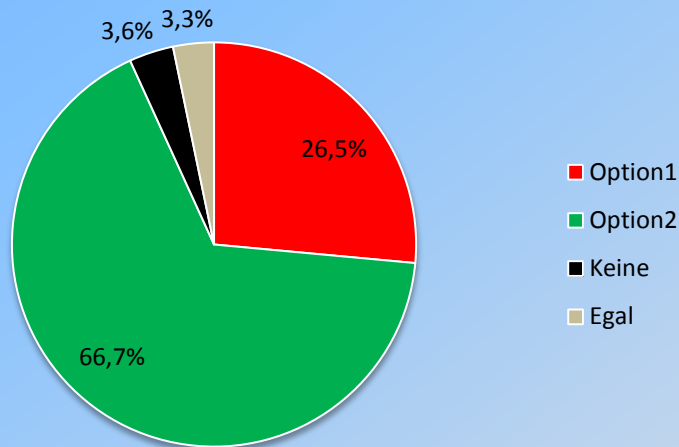


Option 1

Gerade die Inhalte und Rahmenbedingungen der Schul-, Berufs- und Hochschulbildung müssen eine Sache der einzelnen Mitgliedsstaaten bleiben. Allerdings sollte zur dringend gebotenen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Teilen der EU das System der beruflichen Aus- und Weiterbildung weiter ausgebaut werden, z. B. in Anlehnung an das deutsche System der dualen Berufsausbildung.

Option 2

Bildungspolitik, also Schul-, Berufs- und Hochschulpolitik, muss in der nationalen Kompetenz verbleiben und auf nationale Traditionen und Bedürfnisse ausgelegt sein. Die Bildungsforschung darf sich nicht an der OECD und europäischen Vorgaben ausrichten. Allerdings sollte zur dringend gebotenen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Teilen der EU das System der beruflichen Aus- und Weiterbildung weiter ausgebaut werden, z. B. in Anlehnung an das deutsche System der dualen Berufsausbildung.

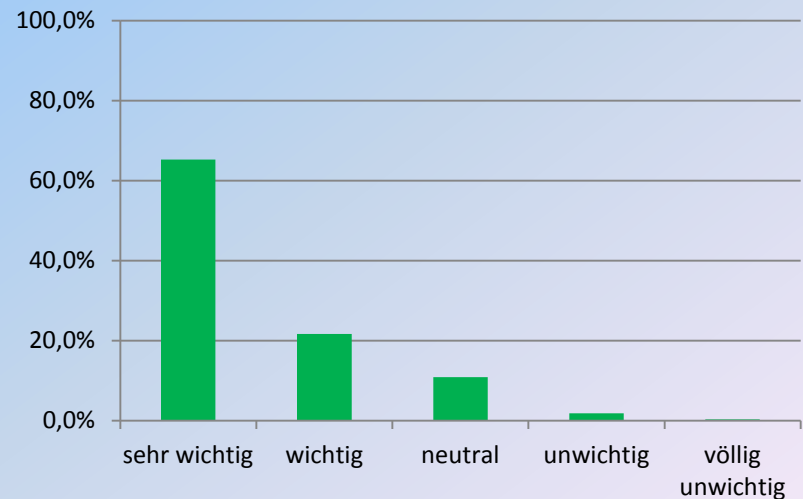
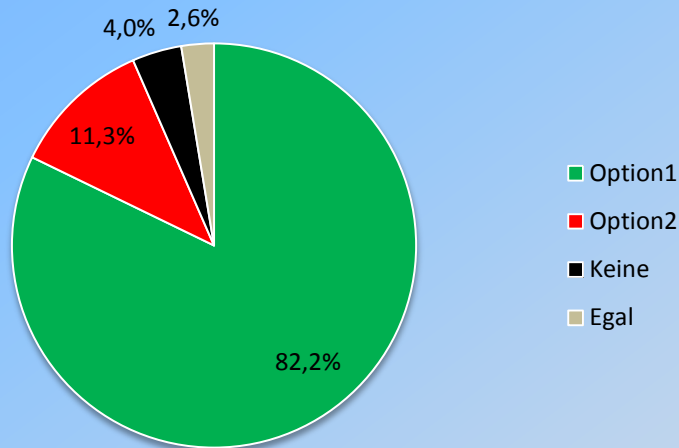


Option 1

Die AfD lehnt weltanschauliche Umerziehungsmaßnahmen wie „Gender Mainstreaming“ (= Aufhebung der Geschlechteridentitäten) strikt ab und wendet sich gegen alle Versuche der EU, diese den Nationalstaaten aufzuzwingen. Die staatliche Finanzierung der Genderforschung ist nach norwegischem Vorbild ersatzlos zu streichen.

Option 2

Mit dem Politikansatz des "Gender Mainstreaming" soll das Bewusstsein für Geschlechtergerechtigkeit in Politik und Gesellschaft hergestellt werden. Die Alternative für Deutschland begrüßt diesen Weg, denn wir halten eine Veränderung der Einstellung zu starren Geschlechterrollen für wünschenswert und wollen dazu einen politischen Beitrag leisten.

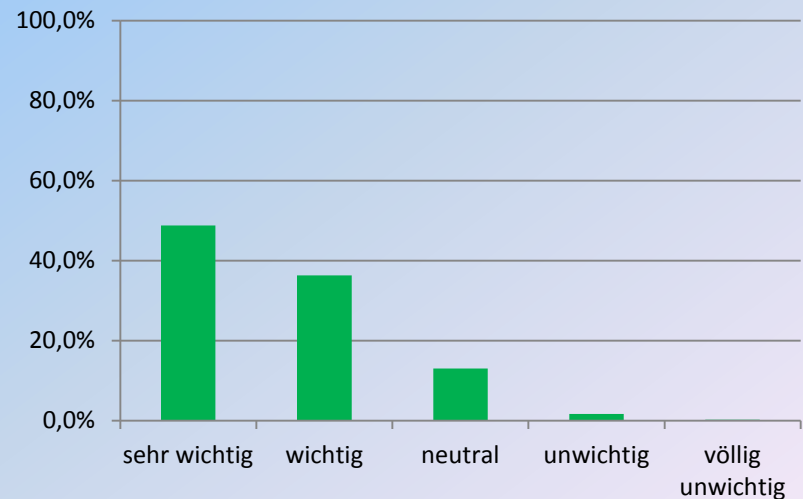
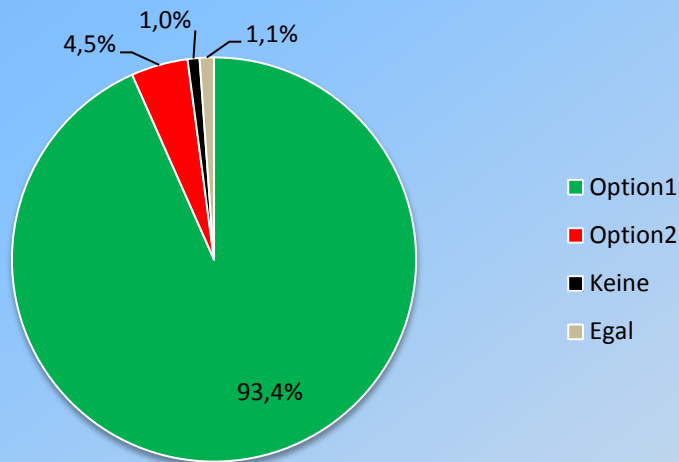


Option 1

In der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen im Grundsatz die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag geben. Chancengleichheit für Frau und Mann auf allen gesellschaftlichen Feldern zu unterstützen und einzufordern muss das übergeordnete Ziel der Politik sein, anstatt Quotenregelungen und einzelfallbezogene Vorschriften zu erlassen.

Option 2

Bei Stellenbesetzungen in der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei gleicher Qualifikation das unterrepräsentierte Geschlecht berücksichtigt werden.



Option 1

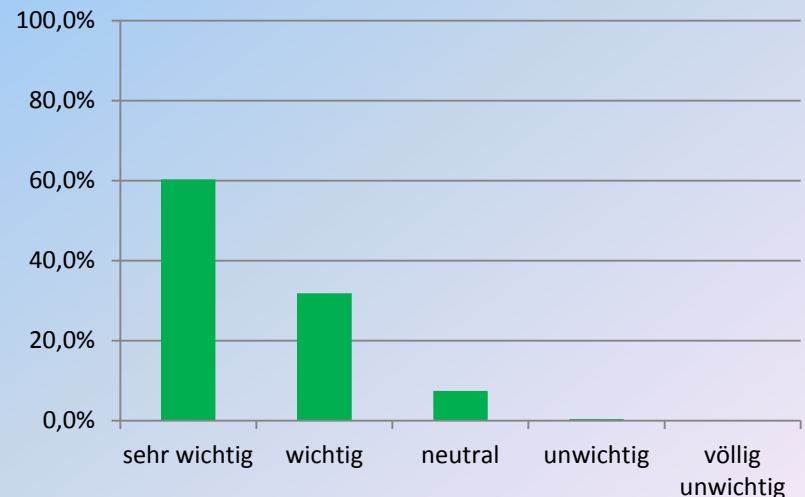
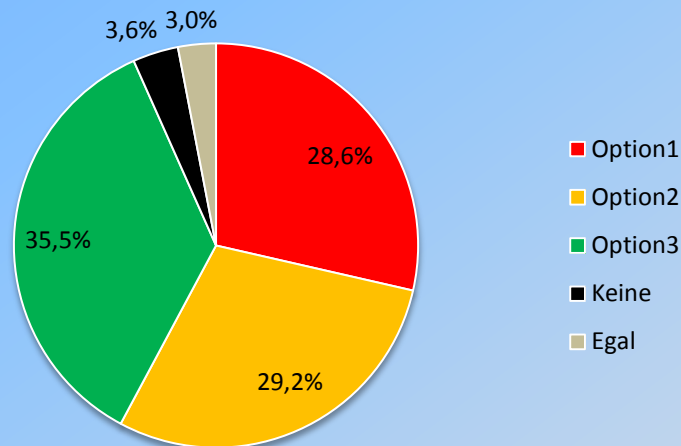
Wir fordern eine umfassende Reform des EEG, die die Kosten der Energiewende begrenzt aber das grundsätzliche Ziel der Energiewende nicht in Frage stellt. Die Versorgungssicherheit muss zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sein.

Option 2

Die AfD setzt sich für Marktwirtschaft und Wettbewerb auf allen Wertschöpfungsstufen der Energiewirtschaft ein und lehnt Subventionen, z. B. staatlich garantierte Vergütungen oder Vorrang einspeisung für bestimmte Stromerzeugungsanlagen, grundsätzlich ab. Deshalb muss das EEG unter Anerkennung eingegangener Verpflichtungen sofort beendet werden. Neue Zielvorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz nach 2020 lehnen wir als ein schädliches Wettbewerbshemmnis ab, solange andere hochindustrialisierte Länder nicht gleichartige Maßnahmen ergreifen.

Option 3

Das EEG muss komplett abgeschafft werden. Ansprüche von Altanlagen-Besitzern sind grundgesetzkonform als Gruppe abzufinden. Alle Energiemarkt-Eingriffe durch Reglementierung oder Subventionen sind sofort einzustellen. Sie führen zu einer noch stärkeren Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im EU-Binnenmarkt und weltweit, denn sie verteuern den Strom in Deutschland auf unverantwortliche Weise und schädigen die bisher hohe Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland.



Option 1

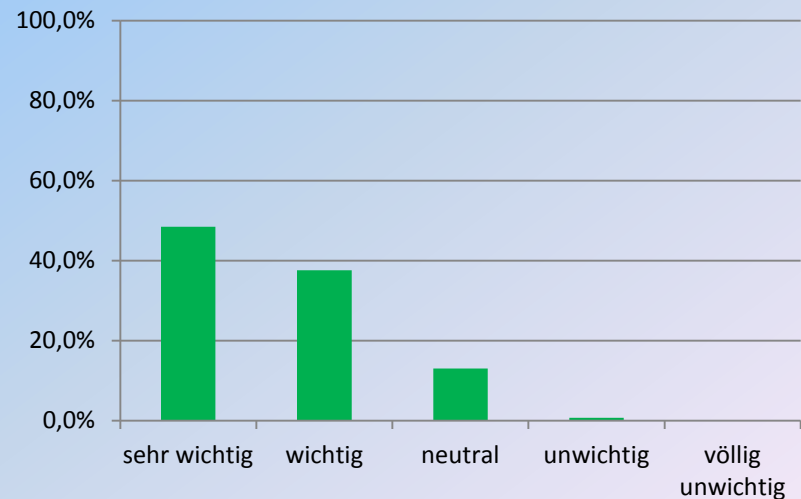
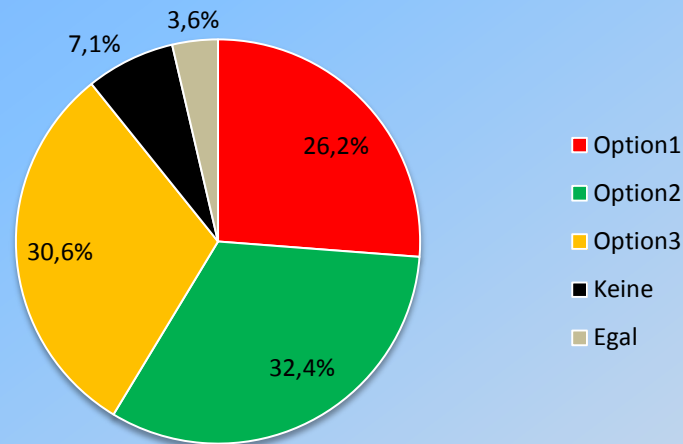
Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zum Klimawandel wird von der AfD nicht in Frage gestellt. Jedoch gibt es für politischen Aktionismus keinen Anlass, da wissenschaftliche Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung des Klimas aufgrund menschlicher CO₂-Emissionen noch unsicherheitsbehaftet sind. Da es sich um ein globales Problem handelt, lehnt die AfD nationale und europäische Alleingänge ab. Stattdessen soll eine graduelle Reduktion von CO₂-Emissionen auf globaler Basis erfolgen, die marktwirtschaftliche Instrumente wie CO₂-Zertifikate einsetzt und sich daran orientiert, was für Haushalte und Unternehmen finanziell tragbar ist. Wir unterstützen das europäische CO₂-Emissionshandelssystem, da es ein wettbewerbs- und technologieneutrales Instrument zur Reduktion von Emissionen ist.

Option 2

Wissenschaftliche Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung des Klimas aufgrund menschlicher CO₂-Emissionen sind mit großer Unsicherheit behaftet, die CO₂-Wirkungen auf das Klima (Erwärmung) höchst umstritten. Daher lehnt die AfD, solange die Unsicherheit nicht überzeugend ausgeräumt ist, jegliches Hantieren mit CO₂-Emissionen, Emissionszielen und Zertifikaten ab.

Option 3

CO₂-Minderungsziele sollen nur verfolgt werden, soweit sie auf gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, die Minderungsziele international abgestimmt sind und mit den gleichen Verpflichtungen für alle EU-Staaten verfolgt werden. Nationale wie auch europäische Alleingänge lehnt die AfD ab.

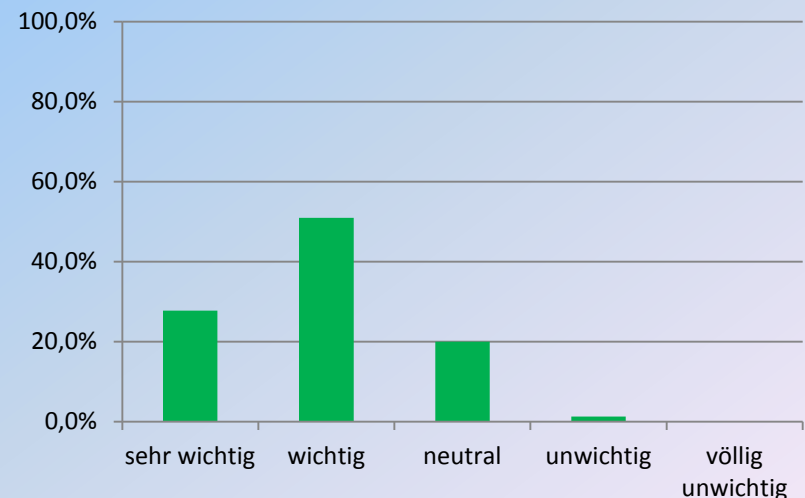
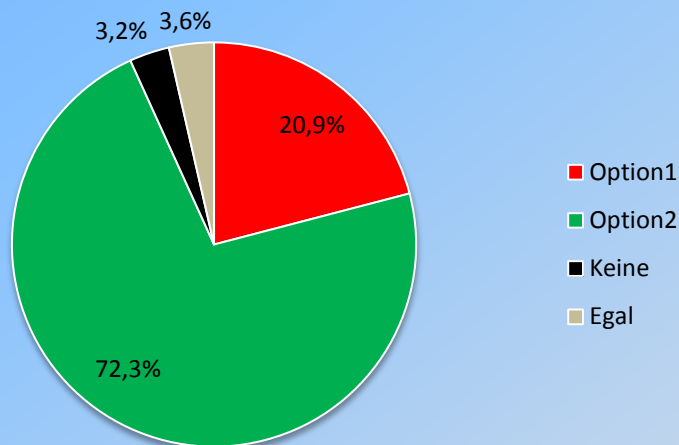


Option 1

Umweltpolitik muss sich zuerst an nationalen Gegebenheiten orientieren. **Gemeinsame Standards sind nur bei grenzüberschreitenden Problemen in den Mitgliedsländern sinnvoll. Vor Beschluss jeder europäischen Regelung muss nachgewiesen werden, dass eine gemeinschaftliche Regelung Vorteile gegenüber nationalen Regelungen besitzt.**

Option 2

Umweltpolitik muss sich zuerst an nationalen Gegebenheiten orientieren. **Allerdings kann eine erfolgreiche europäische Umweltpolitik verhindern, dass abweichende Umweltstandards in anderen europäischen Staaten Anreize für die Verlagerung von Produktion und Unternehmen schaffen könnten. Aufgabe der EU ist deshalb die Festlegung von Standards, die sich am Stand der Technik orientieren und Umweltdumping verhindern.** Vor Beschluss jeder europäischen Regelung muss nachgewiesen werden, dass eine gemeinschaftliche Regelung Vorteile gegenüber nationalen Regelungen besitzt.

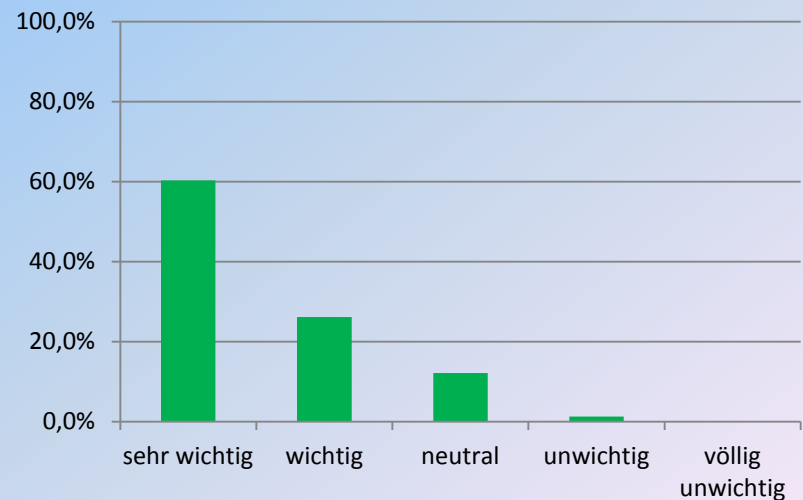
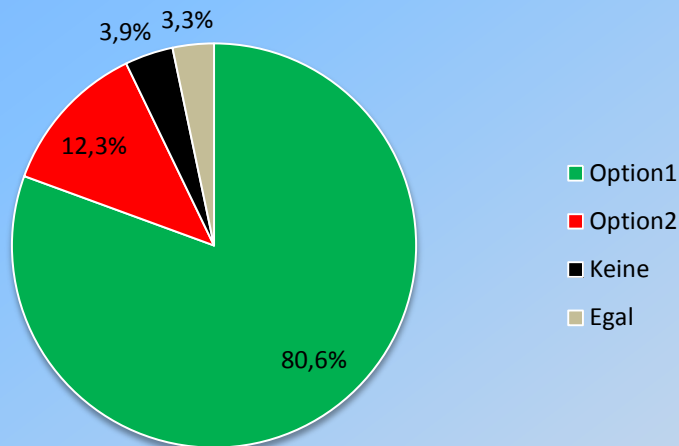


Option 1

Die AfD lehnt eine generelle oder auch spezifische Zulassung genmanipulierter Landwirtschaftsprodukte (z.B. Genmais) durch die EU ab. Die Entscheidung des Anbaus experimenteller Sorten muss in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten bleiben.

Option 2

Die AfD begrüßt die Harmonisierung der Zulassung von genmanipulierten Landwirtschaftsprodukten (z.B. Genmais) durch die EU, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

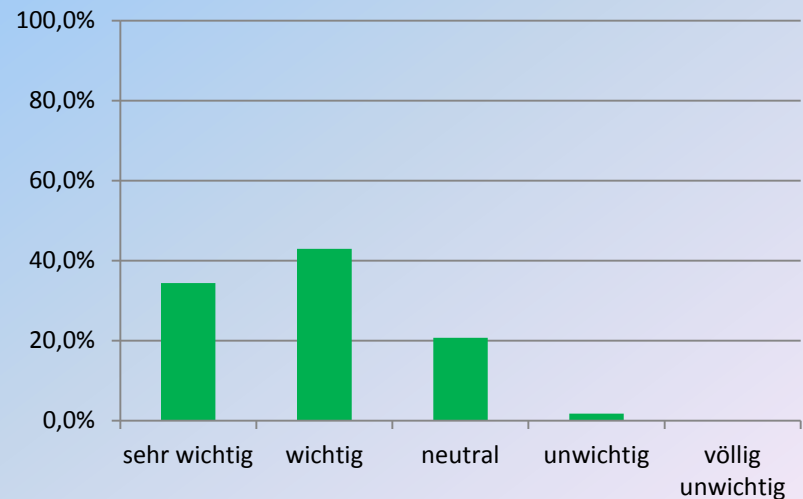
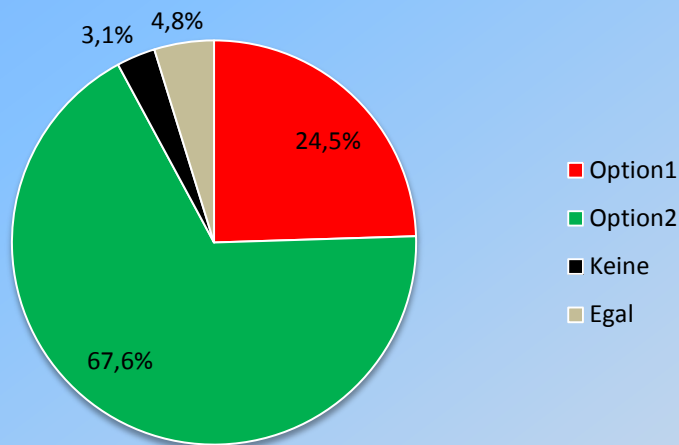


Option 1

Die Aufgabe der europäischen Landwirtschaft, die Ernährung von 500 Millionen Menschen zu sichern, soll schrittweise ohne Subventionen erreicht werden. Dadurch wird die Bürokratie für die Landwirte auf ein Minimum reduziert, ihre Motivation zu selbstverantwortetem und kreativem Handeln steigt, während der Steuerzahler deutlich entlastet wird.

Option 2

Wir setzen uns dafür ein, dass der bäuerlichen Landwirtschaft wieder die Möglichkeit eröffnet wird, sich ohne Produktionsbeihilfen ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Wir unterstützen Anstrengungen, die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zu regionalisieren, um so auch traditionellen bäuerlichen Familienbetrieben eine Zukunftsperspektive in der modernen Landwirtschaft zu bieten.

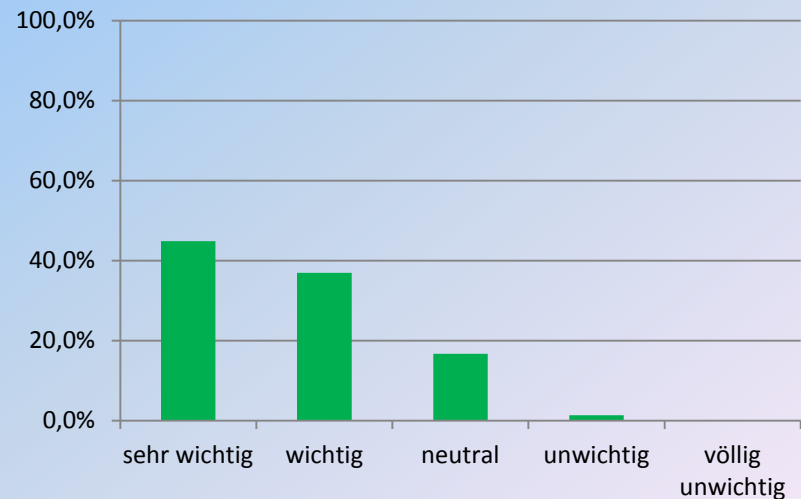
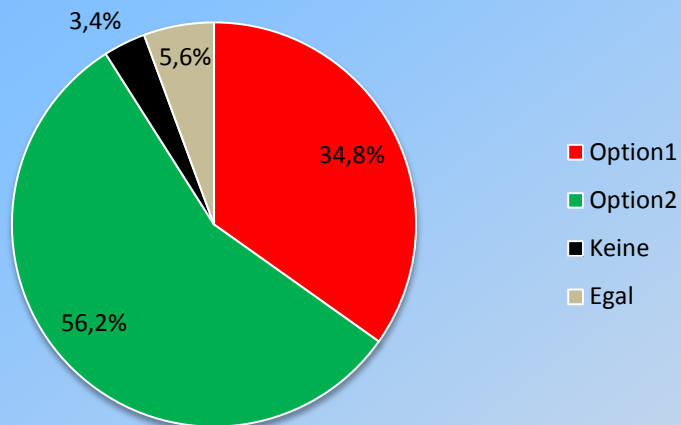


Option 1

Es muss verhindert werden, dass unsere Lebensmittelversorgung von einigen wenigen Menschen oder Unternehmen abhängig wird. Es dürfen keine Kartelle durch sehr wenige kommerzielle Saatgut-Anbieter entstehen. Traditionelle und regionale Sorten müssen von Zulassungs- oder Zertifizierungspflichten befreit bleiben.

Option 2

Wir fordern die Sicherstellung der Reproduktionsfähigkeit von natürlichen Arten und die Versorgung der Landwirtschaft mit dem Ur-Saatgut als staatliches Rechtsgut abzusichern. Dadurch geben wir der Landwirtschaft die Wahlfreiheit zwischen industriellem und natürlichem Saatgut. Traditionelle und regionale Sorten müssen von Zulassungs- oder Zertifizierungspflichten befreit bleiben und dürfen nicht patentierbar sein. Für Patentrechtsverletzungen durch Umwelteinflüsse (z.B. Einwehungen) haftet der Hersteller des Saatguts.



These 27 Saatgut

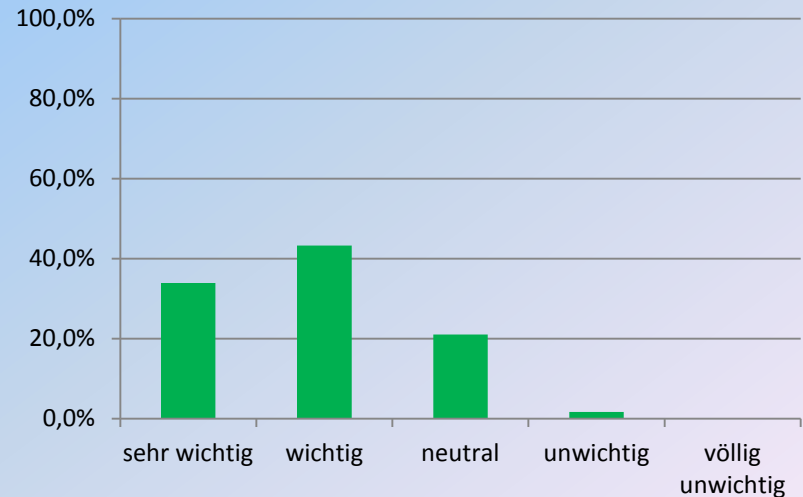
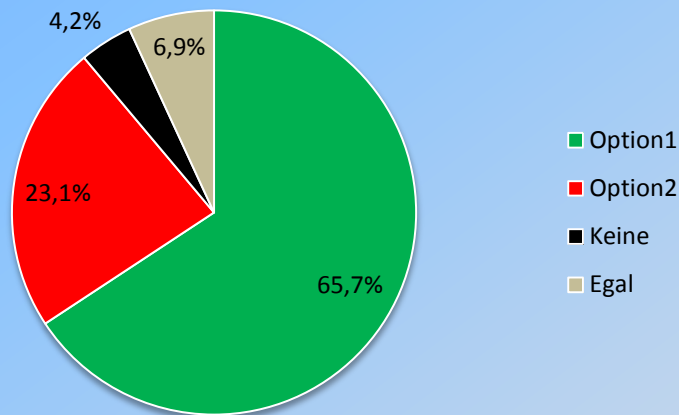
Wichtigkeitswerte Option 2

Option 1

Wir fordern eine umfassende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Insgesamt müssen die Subventionen deutlich reduziert werden. Die Direktzahlungen (1. Säule) sollen mit Ausnahme von Krisenfonds und Katastrophenschutzfonds innerhalb von 10 Jahren komplett abgebaut werden. Die freiwerdenden Mittel sollen in den Nationalstaaten verbleiben. Dort sollen sie zur Förderung der Regionalisierung und nach dem Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“, z.B. auch für Naturschutzmaßnahmen, eigenverantwortlich eingesetzt werden. Weiter soll mit diesen Geldern der Strukturwandel hin zur familienbäuerlichen Landwirtschaft und regionalen Kreisläufen voran getrieben werden. **Die Mittelverwendung muss von den regionalen Behörden entschieden werden. Nur diese sind mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut.**

Option 2

Wir fordern eine umfassende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Der Strukturwandel hin zu modernen, umwelt- und tierschutzgerechten Produktionsverfahren und –technologien muss unterstützt werden. Dadurch wird es möglich, den EU-Agrarhaushalt zu verkleinern und das Ausmaß landwirtschaftlicher Subventionen für industriell betriebene Landwirtschaft und Tierhaltung sozialverträglich deutlich zu reduzieren.

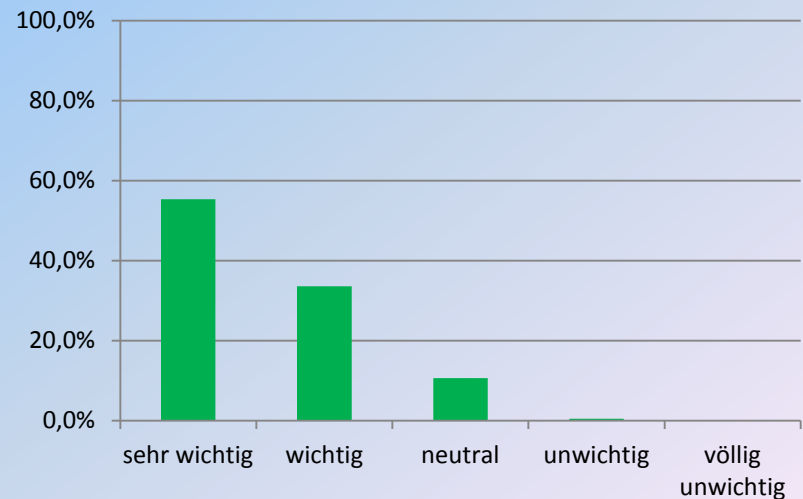
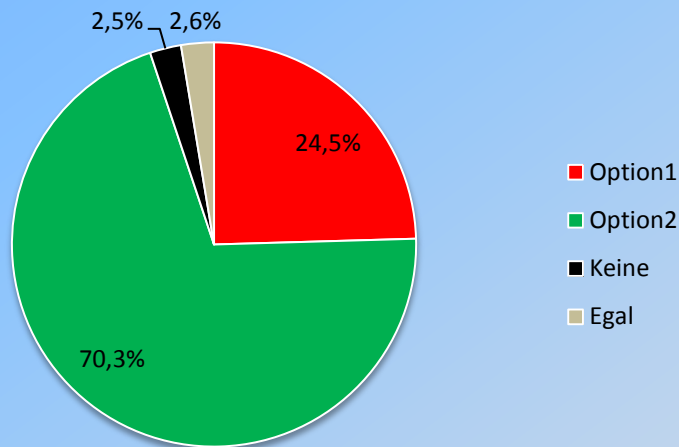


Option 1

Die AfD befürwortet die von der EU geforderte Datenspeicherung. Die Auswertung personenbezogener Daten darf allerdings nur in begründeten Fällen und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit erfolgen.

Option 2

Die AfD fordert anlasslose, unkontrollierbare oder das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzende Überwachungsmaßnahmen einzustellen. Dazu gehört auch die von der EU geforderte Vorratsdatenspeicherung. Die Effektivität staatlicher Überwachungsmaßnahmen zur Verhinderung oder Bekämpfung schwerer Straftaten muss transparent und quantitativ öffentlich bewiesen werden.



These 29 Vorratsdatenspeicherung

Wichtigkeitswerte Option 2

Option 1

Die Alternative für Deutschland fordert die Erweiterung des Briefgeheimnisses zu einem umfassenden Kommunikationsgeheimnis, das den Schutz persönlicher Daten an erste Stelle setzt.

Option 2

Die AfD sieht es als Aufgabe und vornehmsten Zweck des Staates an, die Freiheitsrechte und Souveränität der Bürger zu schützen und deren Ausübung zu gewährleisten. Die AfD fordert, dass Deutschland und die EU bei der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen der digitalen Gesellschaft stets die Lösungen suchen und realisieren, die die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung möglichst nicht tangieren oder aber bestmöglich schützen.

